

Noch schärfer als die CIA?

Hans-Eberhard Schultz über unerwünschte irakische Gewerkschafter

Sie vertreten die irakischen Ölgewerkschafter Frau Boshrah A. Abood und Herrn Taha A. Imbraheem Breshdi, die in Deutschland auf einer von Attac und Gewerkschaftsgliederungen organisierten Rundreise über die Situation in der irakischen Ölwirtschaft berichten wollten, aber kein Visum bekamen (ND berichtete). Wie ist der Stand des Verfahrens?

Unser Eilantrag auf eine Erteilung der Visa wurde am Montag abgewiesen. Damit können die beiden zunächst nicht einreisen. Interessant ist die Begründung: Nicht die deutsche Botschaft oder das Auswärtige Amt hatte etwas dagegen, sondern das deutsche Innenministerium. Da hat offenbar ein Geheimdienst »Sicherheitsbedenken« angemeldet, die mir als Vertreter der Betroffenen aber inhaltlich nicht mitgeteilt wurden. Leider müssen die Gründe für solche »Sicherheitsbedenken« nach deutschem Datenschutzrecht den Betroffenen nicht offenbart werden.

Ist die Rundreise damit endgültig gescheitert? Welche Möglichkeiten haben Sie noch?

Das Klageverfahren gegen die Visa-Verweigerung läuft vor dem Verwaltungsgericht Berlin trotzdem weiter. Ein solches Verfahren dauert dort aber Monate, wenn nicht Jahre. Wenn mir mitgeteilt werden würde, worin die Bedenken der Sicherheitsbehörden konkret bestehen, könnte ich dagegen argumentieren und ein neues Eilverfahren beantragen. Ohne diese Information kann ich das nicht. Deshalb habe ich jetzt den Bundesdatenschutzbeauftragten eingeschaltet. Aber bei jetziger Gesetzeslage muss diese Information wie gesagt nicht herausgegeben werden.

Wie würden Sie in einem zweiten Eilverfahren argumentieren, wenn es denn eines gäbe?

Da man mich nicht informieren will, kann ich nur spekulieren. Vermutlich bringen die Dienste die beiden Gewerkschafter mit Terror oder »Islamismus« in Verbindung. Wenn das zutrifft, geben sich hier die deutschen Sicherheitsbehörden noch schärfer als die der Besatzungsmächte Großbritannien und USA. Nachweislich und unbestritten hat der Vorsitzende der betreffenden »Allgemeinen Gewerkschaft der Beschäftigten im Ölsektor« (GUOE) in jüngerer Zeit diese beiden Länder bereist und ist dort auch aufgetreten. Ich finde es bedenklich, dass sich die Deutschen in diesem Fall päpstlicher als der Papst verhalten. Überhaupt ist es ein Unding, jetzt mit inhaltlich nicht weiter erläuterten Geheimdienstinformationen eine öffentliche Auseinandersetzung über die Vorgänge in Irak zu verhindern, nachdem der Krieg schon mit dubiosen und später als völlig unhaltbar entlarvten »Erkenntnissen« von Geheimdiensten begründet wurde. Hier wird das neue Feindbild »Islamismus« durchexerziert – an völlig falscher Stelle.

Da die Bedenken der Behörden aber nicht erläutert werden müssen, werden Sie kaum Gelegenheit bekommen, diese Argumente vorzubringen.

Es sieht derzeit leider tatsächlich so aus, als sei die Rundreise der beiden auf juristischer Ebene zunächst gescheitert. Nur durch politische Interventionen kann jetzt noch Bewegung in die Sache kommen. Im Europaparlament will sich der Linkspartei-Abgeordnete Tobias Pflüger dafür einsetzen, im Bundestag unter anderem die Abgeordneten Ulla Jelpke von der Linksfraktion und Christian Ströbele von den Grünen. Das begrüße ich sehr. Wenn schon nicht mit Betroffenen diskutiert werden kann, soll wenigstens bekannt werden, dass eine solche Diskussion mit fragwürdigen Begründungen unterbunden wurde. Ich rufe die Öffentlichkeit auf, sich einzumischen und werde auf der juristischen Ebene weiterkämpfen.

Fragen: Velten Schäfer